

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Zummer
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rößlerstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8900. — Postfachkonto Stuttgart 8908.

Anzeigengebühr
für die sechsgepaltene Kolonelle 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die Träger der neuen Wirtschaft

Noch ehe diese Zeilen in die Hände des Lesers kommen, haben in Leipzig die Verhandlungen des Betriebsräte-Kongresses für die Metallindustrie begonnen. Er fällt in eine Zeit beispiellos tiefgehender Gärung und schlimmster wirtschaftlicher Not. International und hart wie die Not ist die Abwehr. Zur Stunde gibt es keinen Industriestaat, wo sich nicht Kapital und Arbeit, Reaktion und Revolution ringend gegenüberstehen. Der Herrschaft der Arbeit und der Revolution hat Wind und Wetter im Gesicht. Es ist gerade, als ob ihm aus den Siegen ebensowenig Vorteil entsprosse, wie aus den Niederlagen. Wie durch magisches Walten schlagen sein Erfolg wie sein Mißerfolg in eine Verstärkung des kapitalistischen Feindes um. Der Feind, den man durch die Revolution halb vernichtet, durch Unensieg gebändigt, durch eine demokratisch-sozialistische Regierung niedergehalten wähnte, reckt und streckt sich rücksichtslos denn je, tritt dem Staate wie der Arbeiterschaft mit einer Unmaßung entgegen, wofür so leicht ein Beispiel nicht zu finden ist. In mehr als einer Hinsicht — man denke nur an die Justiz — sind wir schon hinter die wilhelminische Zeit abstoßenden Angebens zurückgefallen. Und dies trotz Revolution, trotz weitester Demokratie, trotz beispiellos zahlreicher Gewerkschaften!

Der rückläufige Gang der Dinge ist keineswegs so rätselhaft, wie es gemeinhin scheinen mag. Noch bedurfte es besonderer Weisheit, ihn vorauszusagen: Wir hatten eine politische Revolution. Die staatliche Grundanlage wurde angefaßt, umgewälzt, die wirtschaftliche jedoch blieb unverfehrt erhalten. Die Errungenschaften der politischen Revolution aber mußten und müssen gefährdet werden, wenn sie nicht auch zur wirtschaftlichen wird. Hat es mit der staatlichen Umwälzung sein Bewenden, dann war sie nichts mehr als eine Revolte, gefolgt von politischen Reformen, deren Wert gewiß sehr hoch zu veranschlagen ist, der aber mit zunehmender Zeit abnehmen, immer fragwürdiger werden muß. Wird die Novemberumwälzung nicht von einer grundlegenden Umwälzung des Eigentumsverhältnisses, von einer Umwandlung des kapitalistischen Eigentums in gesellschaftliches begleitet, dann werden wir sozusagen mit Naturnotwendigkeit auch in Politik oder Staat zu einem Zustand zurücktreiben, der sich von dem des Vornovember nicht wesentlich unterscheidet. Und kein Gesetz, keine Regierungsmaßnahme, keine parlamentarisch noch so radikale Volksvertretung wird auf die Dauer daran Remedium zu ändern vermögen. Denn solange das kapitalistische Eigentum erhalten bleibt, bleibt dem Kapitalismus die leichte Möglichkeit der Bereicherung, bleibt ihm seine ausschlaggebende Machtquelle erhalten, woraus ihm die Mittel zur Gestaltung von Staat, Gesellschaft und auch Köpfen ersprießen. Vermag er Beamte zu fördern, eine Kruppelgarde mit oder ohne Uniform zu unterhalten, Zeitungen anzukaufen, die öffentliche Meinung zu fälschen, die Wahlen zu beeinflussen und dadurch Parlament, Gesetzgebung und Staat zu beherrschen. Solange das kapitalistische Eigentum besteht, ist es der Kapitalist, der befiehlt, im Wagen fährt, in Willen wohnt, Urteil sprechen läßt, Befehl ausgibt, während der Arbeiter zu gehorchen hat, zu Fuß geht, in kahler Mietkaserne haust, verurteilt wird. Kurz, solange dem Kapitalismus seine Machtquelle erhalten bleibt, werden ihm Regierung und Verwaltung, Arbeiter und Verbrauchertribut- und dienstpflichtig zu sein haben.

Soll darum die Novemberrevolution, die man die soziale heißt, ihren Namen verdienen, soll sie eine wirkliche Umwälzung zum Besseren sein, dann muß sie, wie gesagt, auf das wirtschaftliche Gebiet ausgedehnt, muß das kapitalistische Eigentum in Gemeinbesitz übergeleitet werden.

Das alles ist wahrlich nichts neues. Die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel steht seit Jahrzehnten in jeder sozialistischen Fibel. Die Frage ist nur, warum das von der sozialistischen Allgemeinheit für unerlässlich Gehaltene noch nicht geschehen ist. Um die Sozialisierung ist es allgemach ganz still geworden und die bescheidenen Versuche, die vor Jahr und Tag gemacht, sind am amtlichen Papier hängen geblieben.

Die Ursachen dieses Zustandes sind in der durch den Krieg schwer heimgesuchten und von vielen starken Wählerkreisen wieder im Stich gelassenen deutschen Republik sehr mannigfaltig. Unter ihnen steht die ungenügende geistige Reife der Arbeiterklasse mit obenan. Sie, die die geschichtliche Umwandlung zu vollführen hat, ist dafür soviel wie gar nicht vorbereitet worden. Ehe aber die Arbeiterklasse die Kapitalistenklasse überwinden kann, muß sie dieser geistig mindestens ebenbürtig sein. Und die Kapitalistenklasse wird auch dann noch nicht zu verbängen sein, wenn sie nicht funktions-

los gemacht werden kann, wenn ihre Funktionen zu erfüllen die Arbeiterklasse nicht willens und fähig ist.

Der Ablösung des Feudalismus ging in Frankreich eine jahrzehntelange Aufklärung voraus. Die Schriften der großen Aufklärer waren weit verbreitet, ihre Ideen in zahlreichen Klubs Nacht für Nacht erörtert. Rousseaus Contract Social lag bis weit in die ländlichen Emden hinein auf dem Tisch der Dorfschulzen. Lange vor der Augustnacht ward in den Köpfen der damals revolutionären Klasse, der Bourgeoisie, die künftige Staats- und Gesellschaftsordnung geformt, als auch Klarheit über die Mittel und Wege ihrer Erreichung geschaffen. Es versteht sich, daß das Proletariat, das die kapitalistische Gesellschaft, die tausendfach komplizierter als die feudalistische ist und mit viel zahlreicheren Fäden den Menschen fesselt, ablösen will, einer noch viel umfassenderen geistigen Bereitschaft bedarf als einst die Bourgeoisie.

Aber an dieser Bereitschaft gebrach es dem Proletariat in sehr hohem Maße, gebrach es ihm noch heute. Es für seine geschichtliche Mission gründlich vorzubereiten, wurde nicht gerade vonnöten gehalten. Man neigte allgemein der Ansicht zu, daß sich so ziemlich alles durch die Entwicklung herauswickeln werde. Wer sich ernstlich mit der künftigen Gesellschaftsordnung oder der Art ihrer praktischen Herbeiführung zu befassen wagte, brauchte für ranzigen Spott nicht zu sorgen. So konnte es nicht wundernehmen, daß der Novembersturm die revolutionäre Klasse geistig unvorbereitet traf und bei der ihr nun gestellten wirtschaftlichen Aufgabe mit dem Abo beginnen mußte. Die Folgen dieses Unvorbereitenseins läßt der rückläufige Gang der Dinge der letzten drei Jahre erschreckend klar erkennen. Was die kapitalistische Klasse durch die politische Umwälzung geschwächt wurde, hat sie dank ihrer geistigen Übermacht und gründlichen Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge überraschend schnell wieder auszugleichen vermocht. Und wird es noch weiter zu tun vermögen, falls die revolutionäre Klasse ihr weiter geistig unterlegen bleibt.

Die große Schwäche schnell erkannt und, was noch wichtiger ist, sich mit aller Kraft an ihre Beseitigung gemacht zu haben, ist das ehrenvolle Verdienst der sozialistischen Bewegung. Besonders von den Gewerkschaften wird mit bewundernswürdigem Eifer, der keine Kosten scheut, versucht, in kurzen Jahren nachzuholen, was in langen Jahrzehnten versäumt. Und beileibe nicht bloß in Deutschland. In der Durchleuchtung des gewaltigen Problems ist man von der allgemein politischen Seite in die Tiefe, zu den technischen Einzelheiten gekommen, hie und da, vor allem in England, schon zu der überragend wichtigen Frage nach dem eigentlichen Träger der künftigen Wirtschaftsordnung durchgedrungen.

Für den englischen Gildeemann ist der Träger der künftigen Wirtschaftsordnung die Gilde, für den deutschen Sozialisten der Betriebsrat. Damit ist indes sehr wenig gesagt. Dank der geistigen Vorarbeit der Gildeleute ist das Wirtschaftsgebäude, das die Gilde trägt, in der Hauptsache geistig schon fertiggestellt, für weite Arbeiterschichten sein Aufbau und Funktion in den Einzelheiten schon vorstellbar, weiß man, wer die Produktion in Werkstatt und Industrie bestimmt und wie sich die Beziehungen der Industriellen zu einander regeln, sieht man klar, wie die privaten, kommunalen und nationalen Bedürfnisse oder Dienste befriedigt werden können, kann man sagen, wer die Bestellungen an die Fabriken zu geben und wer und wie ihre Preise festzusetzen sind, wem das Besitzrecht an den Produktionsmitteln, wem das Eigentums- und endgültiges Bestimmungsrecht über sie zuzuerkennen ist.

Die Erörterung dieser so überaus wichtigen Fragen hat in Deutschland kaum begonnen. Hier blüht dem Forscher eine prächtige Gelegenheit zum Studium, den Betriebsräten eine zur praktischen Erprobung. Wobei die allgemein wirtschaftlichen und technischen Fragen der Sozialisierung nicht zu vergessen sind. Den letzteren ist vornehmlich unser Leipziger Betriebsräte-Kongress gewidmet. Er wird, des sind wir gewiß, eine Fülle von neuen Gedanken, Vorschlägen und Erfahrungen bieten, die von Ort zu Werkstatt weiterzutragen Pflicht seiner Teilnehmer ist. Sie werden in ihrem propagandistischen Eifer wie in ihrer Betriebsrats-tätigkeit um so weniger erlahmen, je mehr sie sich betuht sind, daß all die politischen und sozialen Übel wie die Leidenen des arbeitenden Volkes nicht eher dauernd zu beseitigen sind, als nicht die Umwandlung des Eigentumsverhältnisses, die sozialistische Sozialisierung der Produktionsmittel, die sozialistische Wirtschaftsordnung vollbracht ist. Deren Förderer, Vollbringer und Träger zu sein, sind die Betriebsräte vor allem berufen.

Zahlungsausschub?

Gleich bei Festsetzung des Londoner Zahlungsplans für die deutschen Reparationsleistungen wurde darauf hingewiesen, daß Deutschland auch beim besten Willen derartige Summen nicht ausbringen könne. Die hochweisen Sachverständigen der Alliierten waren indes anderer Meinung. Sie behaupteten schlankeweg, Deutschland könne 132 Milliarden Mark in Gold ausbringen, obwohl in der ganzen Welt nur 40 Milliarden vorhanden sind. Auch daß eine solche Summe, wenn überhaupt, nur in Arbeitsleistung oder Warenlieferung zu begleichen möglich sei, wollte den erleuchteten Fachmännern nicht in den Kopf. Bei ihrer Meinung sind sie bis vor kurzem geblieben, sind es vielleicht heute noch. Die übrige weststaatliche Welt hat sich freilich, dem Zwange folgend, allgemach einer anderen Auffassung bequemt. Sie ist im Laufe des Jahres, das seit dem Londoner Ultimatum verstrichen, une geworden, daß nicht bloß die Zahlung in Gold unmöglich, sondern auch die Leistung in Waren, wenn möglich, doch sehr gefährlich für die Empfänger ist. Denn je mehr aus Deutschland Waren herausgepreßt werden, desto weniger brauchen die Industrien der Siegerstaaten welche zu erzeugen, um so mehr verschlimmert sich deren Wirtschaftskrise und die Zahl ihrer Arbeitslosen nimmt eine beängstigende Höhe an. Die Folgen sind für den Staat einerseits geringeres Steuereinkommen, andererseits schnell anschwellende Ausgaben für die Erwerbslosen und Armen. Und der industrielle und Handelsapparat, die Schiffe und Maschinen verrotten zur Unbrauchbarkeit.

Dieser Zustand ist in England und Amerika am weitesten geblieben. Seine Unternehmer und Finanzleute sind die letzten Monate nicht müde geworden, ihre Regierungen auf die stetig bedenklicher werdende Lage hinzuweisen und Abhilfe zu schaffen. Von einem Plane der britischen Industriellen wird an anderer Stelle der heutigen Nummer unserer Zeitung berichtet. Dieser Vorschlag wird durch den Zahlungsausschub, der nach den neuesten Meldungen von der englischen Regierung geplant ist, kaum über seine papierne Form hinauskommen.

Am 29. November fand im Londoner Schatzamt eine Konferenz von Sachverständigen statt, woran hohe britische Würdenträger, wie der Schatzkanzler und der englische Botschafter in Berlin teilnahmen. Wie die Londoner Presse einhellig meldet, ist über einen Zahlungsausschub (Moratorium) für Deutschland verhandelt worden. Deutschland hat am 15. Januar 1922 500 Millionen, vier Wochen später 275 Millionen Goldmark zu zahlen. Ob der Ausschub schon bei der ersten fälligen Summe oder erst bei der zweiten beginnen soll, ist noch nicht sicher, auch nicht, auf welche Zeit er sich erstrecken soll. In englischen Blättern werden zwei Jahre genannt. In die Gewährung des Zahlungsausschubs werden drei Bedingungen geknüpft, und zwar, daß Deutschland binnen zweier Jahre seine Finanzen bessernd umgestalte, scharfe Maßregeln gegen die Papiergeldflut ergriffe und es schließlich eine Kommission der Alliierten zur Beaufsichtigung seiner Finanzen annehme.

Diese Meldungen sind der Ausdruck von einem tatsächlichen Stimmungsumschwung in England. Sie werden noch bestätigt von Reden des Ministers Churchill, der eine freundschaftliche Annäherung Englands und Frankreichs an Deutschland preist. Ähnliche Stimmen bringen von jenseits des Ozeans herüber. Der bekannte amerikanische Finanzmann Banderlip erklärte kürzlich in einer New Yorker Versammlung: Es sei den Alliierten ebenso unmöglich, ihre Schulden an die Vereinigten Staaten zu bezahlen, wie es Deutschland unmöglich sei, seine Schulden an die Alliierten zu entrichten. Die den Vereinigten Staaten geschuldeten Beträge müßten daher in eine Schuld der Menschheit umgewandelt werden. Zwischen all diesen Reden und Machtäußerungen hindurch klingt zaghaft und vereinzelt zwar, aber dennoch das Verlangen, Deutschland seine Kriegsschulden ganz zu erlassen, weil nur dadurch seine Gesundung schnell herbeizuführen sei und für die Alliierten der durch die Schuldenschenkung entstehende Schaden bedeutend geringer sei als der Nutzen, der ihnen der regelmäßige Handelsverkehr mit einem wirtschaftlich gesunden und politisch gefestigten Deutschland verbürge.

Daß sich die alliierten Regierungen in absehbarer Zeit mit der Erlassung der deutschen Kriegsschulden ernstlich, und das in ihrem ureigensten Belang, befassen werden, befragen müssen, scheint uns heute schon gewiß. Dazu wird es freilich noch vieler trüber Erfahrungen bedürfen. Vorberhand werden sie es mit dem Zahlungsausschub versuchen. Ob Frankreich dabei sein wird, läßt sich noch nicht sagen. Die Pariser Presse bespricht die Londoner Berichte über den geplanten Ausschub zwar nicht abweisend, aber auch nicht beifällig. In einem Gutachten des französischen Vertreters auf der Brüsseler Finanzkonferenz, Seydruz, wird hinsichtlich der Eintreibung der alliierten Forderungen dem Weg, der den französischen Nationalisten so lieb geworden, der rücksichtslosen Eintreibung des Wort geredet. Und es spricht bis jetzt kein Grund dafür, daß Briand, wenn er wieder vor der Kammer erscheint, einen wohlwollenderen Ton anstimmen wird. Allein die Frage ist, ob Frankreich in dieser Sache noch ausschlaggebend ist. Gar manches Zeichen spricht dagegen. Die Vereinstagung Frankreichs ist in Washington noch größer geworden. Die anderen Alliierten, insbesondere Amerika und England, dürften fürderhin immer weniger Neigung zeigen, den absteigenden Pfad des gallischen Wahns zu gehen. Damit soll nicht Aussicht auf eine baldige Entzweiung der Verbündeten gemacht sein, denn wie zahlreich auch ihre Streitfragen sein mögen, sie sind zur Stunde noch weniger gewichtig als jene, die die Aufrechterhaltung des jetzigen Verhältnisses heischen. Summe hin steht zu erwarten, daß in diesem Falle, wo es sich um Lebensinteressen der

WELTSCHAU

Pläne englischer Industrieller

Auf der diesjährigen Versammlung des britischen Industriellenverbandes (Federation of British Industries), die am 28. Nov. in London tagte, sollte vor allem Klarheit über das Reparationsproblem geschaffen werden. Zu diesem Behufe wurde ein Untersuchungsausschuss eingesetzt, der die Frage zu untersuchen hatte. Das Ergebnis gipfelte in einer Entschliessung, worin es heisst: „Wir sind zwar in voller Übereinstimmung mit der Ansicht, daß Deutschland bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu zahlen hat, wir halten indes dafür, daß, um unsere Interessen so wenig wie möglich zu schädigen, die Verbündeten gemeinschaftlich suchen sollten, die Zahlungsbedingungen in verschiedener Hinsicht abzuändern, und sie sollten unter Umständen vorgeschrieben sein, Deutschlands Lasten zu erleichtern.“

Zu dem Untersuchungsausschuss vertrat eine steigende Anzahl Mitglieder die Meinung, daß der Versuch der Durchsetzung des Reparationsplans in seiner heutigen Form zu Deutschlands Zusammenbruch führe, ein Zustand, der es dann äusserst schwer mache, irgendeine nennenswerte Zahlung überhaupt zu erhalten. Weiter war man der Meinung, daß die Herauspressung der Reparationssummen eine schwere Zerrüttung der britischen Industrien zur Folge haben werde. Nachdem der Bericht des Untersuchungsausschusses dargelegt, daß die Reparationen nur in Warenlieferungen und Dienstleistungen erfüllt werden sollen, kommt er zu dem Schluss, daß dies nichts anderes bedeute, als die weitere weltweite Erschütterung der Finanzen und eine Desorganisation des britischen Wirtschaftslebens.

Aus diesen Gründen wird hauptsächlich vorgeschlagen, die von Deutschland zu leistenden Warenlieferungen und Dienste so zu regulieren, daß die Geschäftsinteressen der Verbündeten nicht beeinträchtigt werden. Die Forderungen an deutsche Industrien sollten die Form von Vorzugsaktien und Hypotheken erhalten. Diese Sicherheiten hätte die deutsche Regierung den verbündeten Regierungen zu übergeben, die sie dann an Privatpersonen weiterleite.

Man verlangt demnach eine Beteiligung an deutschen Sachwerten und eine feste Umgrenzung derjenigen Waren- und Arbeitsleistungen, die Deutschland zu liefern hat, um so die Nachteile der deutschen Konkurrenz bei den Sachlieferungen auszuscheiden. Die Art, in welcher eine Beteiligung an den deutschen Sachwerten gebacht ist, weckt starke Bedenken. Es scheint, daß man sich nicht nur auf den Zins- beziehungsweise Dividenden-ertrag der deutschen Unternehmungen beschränken will, sondern daß man durch eine Beteiligung an den Produktionsmitteln der deutschen Industrie ganz bestimmte Bahnen weisen will. Denn bei der Regulierung der deutschen Ausfuhr soll getrachtet werden, die Reparationen von Deutschland wie folgt leisten zu lassen:

Als Ausführwaren sind vornehmlich Rohprodukte wie Kattusche, Kohlen, Holz und dergleichen zu bestimmen, die der Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft der Verbündeten nützlich sind; Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in ausgedehnterem Maße; Wiederherstellung der Eisenbahnen und anderer Verkehrsmittel in Mitteleuropa und möglichst auch in naher Zukunft in Rußland; werbende Anlagen in Afrika, Asien und Südamerika.

Bei der Begründung dieser Vorschläge meinte der Berichtsersteller, hinsichtlich der Reparationsleistung Deutschlands gebe es nur zwei Möglichkeiten, entweder völliger Verzicht auf jegliche Leistung oder die Leistung in Waren, was aber nichts anderes heisse, als die ganze Welt mit deutschen Waren zu konkurrenzlosen Preisen zu überschwemmen. Der Berichtsersteller ist daher eher der Ansicht, es sei von Deutschland zu verlangen, daß es für England die Ausrüstung mehrerer großer Elektrizitätswerke liefere, den Tunnel unter dem Sueskanal baue, dazu Brücken und Straßen erstelle.

Bei dem Gewicht, das die Urheber dieser Vorschläge in Regierungskreisen Englands haben, ist es nicht ausgeschlossen, daß ihre Durchsetzung in dieser oder jener Form versucht wird. Das Bemerkenswerteste an den Vorschlägen ist das Verlangen britischer Industrieller nach der Beteiligung an deutschen Industrie- und anderen Sachwerten. Dies eröffnet sehr trübe Aussichten. Die deutsche Regierung kann sich nicht recht zu der Durchführung der Beteiligung des Reiches an den Sachwerten bequemen. Sollte sie noch länger bei dem bisherigen Pöngeln und Bangen verharren, wird sie sich zur Durchführung der Beteiligung fremder Staaten an den deutschen Sachwerten bequemen müssen. Diese leichte Möglichkeit läßt erweisen, wie überaus dringlich es für die Arbeiterschaft ist, der Regierung in der Erfüllung der zehn Punkte der Gewerkschaften Weine zu machen.

Die Arbeitslosenkonferenz in Washington

Unter den 38 Delegierten, die Präsident Harding für die Arbeitslosenkonferenz in Washington nach seinem Erlassen ausgewählt und ernannt hatte, waren die organisierten Arbeiter nur durch fünf Gewerkschaftsführer vertreten.

Den Delegierten wurde bekannt gegeben, daß die Konferenz nur zusammengekommen sei, um eine Untersuchung über den Umfang der Arbeitslosigkeit anzustellen, um Rat schläge über Notmassnahmen zu geben, die zweckmäßig von den Unternehmern, den Kommunalen und der einzelstaatlichen Verwaltung ergriffen werden könnten, und endlich um Massnahmen zu erwägen, um das normale Leben in Handel und Industrie wieder herzustellen. Probleme zu berühren, die jetzt in der Arbeiterbewegung das leidenschaftlichste Interesse erregen, sollte sorgfältig vermieden werden; Probleme wie die Frage: „Offene oder geschlossene Werkstatt“, sowie die Erörterung der Löhne und Arbeitsbedingungen kamen daher für die Konferenz nicht in Frage.

Die Konferenz hatte nur die Befugnis, Vorschläge zu machen. Ihr Programm wurde von dem Staatssekretär für den Handel, Hoover, vorbereitet und festgelegt. Hoover wählte aus den Delegierten ein Programm- und Organisationskomitee; außerdem wurden verschiedene Unterkommissionen gebildet, die jede eine besondere Seite des Arbeitslosenproblems untersuchen sollte. Diese Kommissionen berichteten nicht der allgemeinen Versammlung, sondern dem Programmkomitee. Dieses Komitee war allmächtig. An seiner Spitze stand ein führender Großindustrieller. Dieses Komitee wählte aus den Berichten der Unterkommissionen aus, was ihm zweckmäßig schien und keine Streitfragen aufrollen konnte. An diese genau vorgeschriebene Marschroute mußte sich die Konferenz bei ihrer Arbeit halten.

Wiele Arbeitererregungen standen der Konferenz sehr feindselig gegenüber. „Einhug des herrschenden Wirtschaftssystems, nicht Lösung der Arbeitslosenfrage nötigt sie an einen Tisch“, sagte der sozialistische New-York Call in einem Artikel. Führer der Eisenbahnerverbände sahen in der Konferenz nichts wie Spiegelscheiter. Nach ihrer Ansicht handelte es sich auf der Konferenz bloß darum, einen Grund ausfindig zu machen, den Eisenbahngesellschaften eine Staatshilfe von 500 000 000 Dollar zukommen zu lassen. Ein dahin gehender Gesetzesentwurf liegt dem Senat bereits vor; die Konferenz sollte ihren Einfluß geltend machen, daß der Senat dieses Gesetz annähme. Dieser Aufschub wurde denn auch von der Konferenz zur Annahme empfohlen. Mehrere hunderttausend Arbeitslose würden auf diese Weise Arbeit finden können. „Unser Kurs: Annahme der Eisenbahnleihe“, erklärte der republikanische Führer Mondell vor Beginn der Konferenz, „würde wirklich Abhilfe schaffen.“ Wie wenig Vertrauen die Arbeiterdelegierten dieser Entschliessung entgegenbrachten, beweist ein Vorbehalt, den der Arbeiterdelegierte Carter von der Bruderschaft der Lokomotivführer und Heizer machte. Er hielt für notwendig, daß der Entschliessung hinzugefügt wurde, diese Gelder dürften ausschließlich gebraucht werden, um den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen. Als er von dem Vorgehen der Konferenz Kenntnis erhielt, erklärte der Präsident der Maschinenbauer, Johnson, nicht ein Penny sollte irgend einer Eisenbahngesellschaft ausbezahlt werden, die um die Anordnungen des Eisenbahnarbeitsamtes sich nicht gekümmert hat. Auch der Präsident des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Compers, vertrat auf der Konferenz ähnliche Ansichten.

Die Konferenz kam zu dem Schluss, daß die Kommunalverwaltungen und die Regierungen der Einzelstaaten die Arbeitslosenfrage lösen müßten, nicht die Bundesregierung. Staatshilfe wurde daher im „Notprogramm“ nicht vorgesehen. Es kommen dreieinhalb bis fünfzig Millionen Arbeitslose in Betracht; außerdem deren Angehörige, die in dieser Zahl natürlich nicht begriffen sind. Was soll für sie geschehen? Einzelstaaten und Gemeinden sollen „Notkommissionen“ einberufen, leistungsfähige, öffentliche Arbeitsnachweise einrichten; und die Arbeitsuchenden registrieren. Arbeitsgelegenheiten sollen in diesen Verwaltungsgebieten festgestellt, Einzelmissionen zuerst berücksichtigt werden. Die Notkommissionen sollen regelmäßig Statistiken über diejenigen veröffentlichen, die Arbeit und Unterstützung bei ihnen suchen.

Ausbefferungsarbeiten an Privathäusern, Hotels und Dienstgebäuden sollen während des Winters vorgenommen werden, da angeblich im nächsten Jahre die Arbeitslosigkeit weniger groß sein wird. Die Stadtverwaltungen, die Regierungen der Einzelstaaten, die Bundesbehörden und der Kongreß sollen die Finanzmaßnahmen öffentlicher Bauten und Anlagen befördern. Die Stadtverwaltungen sollen neue Projekte in Auftrag geben und bei ihnen Arbeiter kurzzeitig beschäftigen. Die Konferenz empfiehlt, daß der Kongreß in seiner nächsten Sitzungsperiode Vorlagen über den Bau von Straßen erlegt. Von den Gouverneuren der Einzelstaaten einberufenen Sachverständigenkommissionen sollen gemeinsam mit den Bürgermeistern die Lage in der Bauindustrie untersucht werden.

Der eigentliche Kampf gegen die Arbeitslosigkeit soll aus von den Stadtverwaltungen, den Einzelstaaten und von Privaten geführt werden. Das ist gemeint, wenn gesagt wird, die Arbeitslosigkeit sei ein Problem der Gemeinschaft, nicht des Staates. Trotzdem soll eine gewisse Einheit des Vorgehens gewahrt bleiben. Zu diesem Zweck richtet die Konferenz in Washington ein Büro ein. Seine Aufgabe ist, zweckmäßige Zusammenarbeit zu fördern, Berichte über die erreichten Fortschritte sowie Anregungen zu verbreiten. Das Büro ist auf die Unterstützung der „Notkommissionen“ angewiesen. Es ist eine Art Austauschamt für die mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängenden Fragen. Die Konferenz nahm einen Bericht an, in dem an den Kongreß appelliert wurde, den von der republikanischen Mehrheit befestigten bundesstaatlichen Arbeitsnachweis wieder einzurichten und 400 000 Dollar für diesen Zweck auszumachen. Von den privaten Arbeitsvermittlungsbüros wurde nicht gesprochen; man hatte erwartet, daß die Konferenz sich gegen sie aussprechen würde. Das hat sie nicht getan.

Die Kommission für das Bauwesen kam unter anderem zu der bemerkenswerten Feststellung, daß „die Bauindustrie hat aufrecht erhalten werden können, wo Vereinbarungen über gerechte Löhne nicht stattgefunden haben.“ Die Kommission sprach sich infolgedessen durchaus nicht gegen Herabsetzung der Löhne aus; immerhin bewies sie ihre „Arbeiterfreundlichkeit“, indem sie erklärte, daß die Unternehmer nicht erlauben sollten, daß die Löhne ihrer Arbeiter so weit fielen, daß diese nicht mehr genug hätten, für den notwendigen Lebensbedarf zu sorgen; die Löhne müssen auch der Familie ermöglichen, die Kinder ordentlich zu erziehen... und regelmäßige, wenn auch kleine Ersparnisse zu machen.“

Einer frischen Ton brachte die Adresse des Führers der amerikanischen Bergarbeiter, John L. Lewis, in die Verhandlungen; sie ist an das Organisationskomitee gerichtet. Die Regierung muß den arbeitslosen Männern und Frauen Unterstützung bis zur Höhe von 2 500 000 000 Dollar gewähren... Die Unternehmer müssen dazu gezwungen werden, zugunsten der Arbeitslosen einen Fonds zu schaffen, zu dem ihr Beitrag der Hälfte des Betrages aus ihrer jährlichen Lohnliste gleichkommen muß. Nationalisierung oder eingreifende Bundeskontrolle im Bergbau ist das einzige mögliche Mittel, Produktion und Arbeit zu stabilisieren sowie anständige Preise für die Verbraucher zu erreichen.“ Dieser Vorschlag wurde bisher noch nicht verhandelt.

Charakteristisch für den Geist der Konferenz war, daß bei der widerstandslosen Annahme des Aufschusses für die Eisenbahngesellschaften die Delegierten nebenbei „zur Information“ mitteilten, daß sie für die Abschaffung des bundesstaatlichen Eisenbahnarbeitsamtes seien. In dem Kinderheilsbericht einer anderen Kommission sprachen sich die Delegierten gegen die Herabsetzung der Löhne aus. Auch das wurde nur „zur Information“ mitgeteilt. Auf diese Weise wurden wichtige, mit dem Problem der Arbeitslosigkeit zusammenhängende

Fragen von den Besprechungen der Konferenz ausgeschaltet und die klare Entscheidung bestehender Gegenstände verhielert.

Es versteht sich von selbst, daß bei dieser Isolierung des Problems die amerikanische Arbeitslosigkeit als Folgeerscheinung der internationalen wirtschaftlichen Verhältnisse eine praktische Würdigung nicht gefunden hat. Der Verlauf der Konferenz hat die Befürchtung weiterer Kreise der amerikanischen Arbeiterschaft gerechtfertigt. Einem klügeligen Ausschuss wurde die Sorge für die Ausführung der Vereinbarungen übertragen.

Die Abrüstungskonferenz des amerikanischen Gewerkschaftsbundes

Aus der Novembernummer des Federationist, der Monatszeitschrift des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (American Federation of Labor) erfährt man, daß auch die Gewerkschaftszentrale der Vereinigten Staaten eine Abrüstungskonferenz, und zwar am 18. und 19. Oktober in Washington abgehalten hat. Die genannte Nummer des Federationist ist fast ausschließlich der Notwendigkeit der Abrüstung gewidmet. Sie enthält nicht weniger als 27 Aufsätze über diese Frage, die von führenden Gewerkschaftern, dann auch von bürgerlichen Friedensfreunden herrühren. Es wird da eine mannhafte und zuweilen überaus eindringliche Sprache gegen Rüstungswahn und Krieg geführt. Daß diese Propaganda selbst in bürgerlichen Kreisen Echo erweckt, läßt die Tatsache annehmen, daß zurzeit in den Vereinigten Staaten nicht weniger als 93 Hundertteile sämtlicher Landeserträge dem Militarismus geopfert werden, Millionen, die nur durch sehr straffe Anziehung der Steuerhahne erschafft werden können. Die immer gieriger werdende Hand des Finanzwalscht in den bürgerlichen Taschen fast ebenso arg wie in den proletarischen.

Wie aus dem Bericht der Konferenz hervorgeht, sollte sie hauptsächlich dazu dienen, einen Ausschuss für Abrüstungsbeschränkung zu bilden, der während der Dauer der offiziellen Abrüstungskonferenz amten soll, weil man die Ergebnislosigkeit der letzteren ohne nachhaltige Unterstützung durch die öffentliche Meinung befürchte.

Der Ausschuss für Abrüstungsbeschränkung will weder eine bestehende Organisation verdrängen, noch die Bildung einer Überorganisation versuchen. Er will eine bessere Zusammenarbeit aller gleich wirkenden Kräfte der Gemeinschaft sichern. Weiter will er nach Zusammenführung ähnlicher Bewegungen an anderen Ländern streben, da nur internationale Aktion diese wesentlichen internationalen Probleme zu lösen imstande ist.

Wenn die Eröffnungsrede Compers, des Einberufers dieser Konferenz des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, nicht trügt, gedenkt der Ausschuss für Abrüstungsbeschränkung seine Tätigkeit bei dem Wert bewenden zu lassen, beabsichtigt eher, den Abrüstungsplan der amerikanischen Regierung zu unterstützen, als selbständig eine Tat zu wagen. Denn in der Erklärung des Zwecks und der Grundsätze wird von der Regierung eine Politik verlangt, die zu Friedensgedanken, zu Friedensbestrebungen, zum Friedenswillen führt und daß es den Staatsmännern nicht erlaubt sein dürfe, die im Weltkrieg erlangte Demokratie mit den alten Traditionen, Nachenschaften und Ungeschicklichkeiten der Autokratie zu erfüllen. Denn mit diesen Hindernissen sei nun ausgeräumt worden. Die Welt sei an der Schwelle eines neuen Tages; die Welt sei von neuem Geist befeuert, der nach Frieden rufe.

Es hat keinen Zweck, hier noch mehr von den Glaubenssätzen wiederzugeben. Wäge die Mittelteil genügen, daß sie längst aus den Schriften der bürgerlichen Pazifisten bekannt sind. Schöne Wortwendungen, die dem friedlichen Bürgerherzen Ehre machen, die, wie zu befürchten steht, zu nichts führen werden: Mit bloßem Dingenkampf ist der militaristischen Weste und ihrer Gebärerin nicht beizukommen. Hier sind Taten, ist die gesamte Lasterkraft der Gewerkschaftsbewegung unerlässlich. Ohne regelrechte Organisation des Krieges gegen den Krieg ist dieser nicht zu befechtigen. Von der so unerlässlichen Tat, von der so unbedingt notwendigen Organisation gegen den Krieg aber steht nichts in der Prinzipienklärung der Konferenz des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes. Sondern nur Worte, schöne Worte gewiss, aber doch nur Worte, deren Wert in Sachen wirksamer Kriegsbekämpfung oder Abrüstung sehr geringfügig ist. Daß die Rettung des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes entschlossen ist, im Kriegsfall zu ihren pazifistischen Worten die entsprechende Tat zu fügen, davon steht nichts in dem Bericht des Federationist.

Der Unterschied zwischen der Abrüstungskonferenz der Amerikanischen und der Amsterdamer Gewerkschaftszentrale springt in die Augen. Dort ein Versuch mit Worten, hier ein Versuch mit der Tat. Deutungsgeheimt scheint uns bei solchem Gleichklang der Gesinnung auf diesem Gebiete eine Annäherung der beiden Bewegungen nicht unmöglich. Sie ist immerhin des Versuchens wert. Die Annäherung kann sehr gefördert werden durch Benutzung der sozialistischen Presse Amerikas. Deren Spalten stehen der Amsterdamer Internationalen sicherlich offen. Durch ihre Benutzung ist an die Gewerkschaftsmasse heranzukommen oder sie doch wenigstens darauf aufmerksam zu machen, daß der Kampf gegen Militarismus und Krieg von den europäischen Gewerkschaften auf eine Weise eingeleitet ist die mehr Erfolg verspricht als schöne pazifistische Reden.

Tagung der freien Gewerkschaften Luxemburgs

Von rauchenden Schloten der Hochöfen umgeben, liegt im Süden Luxemburgs das Arbeiterstädtchen Esch, dort tagte Ende Oktober der vierte luxemburgische Gewerkschaftskongreß. Im Saale des Gewerkschaftshauses des Berg- und Metallindustriearbeiterverbandes versammelten sich die Delegierten der 2176 freien Gewerkschaften. (Luxemburg zählt ungefähr 35 000 Arbeiter und Angestellte.)

Die ausländischen Gewerkschaftsorganisationen waren durch einige Delegierte vertreten. Der Vorsitzende der luxemburgischen Gewerkschaftskommission Rieps hielt eine Eröffnungsrede und gab einen kurzen geschichtlichen Überblick über die Gewerkschaftsbewegung in Luxemburg.

Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten erstattete Genosse Rieps den Rechenschaftsbericht. Anschließend wurde der Finanzbericht besprochen und angenommen.

Ein Referat des Genossen Sauer über Arbeiterschutz beleuchtete die Mängel der luxemburgischen Gesetzgebung, besonders der Unfall-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Redner gab interessante Aufschlüsse über die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission in diesen Fragen.

Der zweite Tag wurde durch ein Referat der Genossin Vich Bedez über Arbeiterinnen- und Jugendschutz eingeleitet. Rednerin erörterte die Forderungen der Gewerkschaften in den Fragen der Mutterschaftsfürsorge und des Kinderschutzes sowie die Notwendigkeit erweiterter hygienischer Maßnahmen und Einrichtungen. Eine kurze Diskussion folgte. Darin wurden die Statuten den Anforderungen der Zeit entsprechend geändert und hierauf die Neuwahlen der Gewerkschaftskommission vorgenommen.

Eine Resolution, welche die Zugehörigkeit zur Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale erneut bestätigte, wurde einstimmig angenommen; desgleichen eine Resolution gegen den Militarismus und ein Protest gegen die Einrichtung der Genossen Sacco und Vanzetti in Amerika. Damit schloß die Konferenz.

Zur Zeit der Not nennt man wohl seinen Esel Bruder, Und ist die Not vorbei, so heißt er faules Euder.

Das Schrecklichste aller Erscheinungen ist: die Stärke der Sklaverei ohne ihre Menschlichkeit.

reichte Mann der Erde werden, gegen den die amerikanischen Kräfte allesamt arme Schwuler wären.

Freilich, auch alle anderen Wärmekraftmaschinen lassen immer einen mehr oder weniger großen Teil der aus den Brennstoffen erzeugten Wärme nutzlos entweichen und einer absoluten Sparlosigkeit hinsichtlich des Verbrauchs und der Ausnutzung des Brennstoffes befähigt sich keine einzige Wärmekraftmaschine. Aber die Verschwendungssucht der anderen Maschinen ist doch wenigstens nicht so groß wie bei der Dampfmaschine. So hat der Benzinmotor, der die Triebmaschine des Automobils ist, immerhin schon einen Koeffizient von rund 20 Prozent aufzuweisen, der Sauggasmotor einen solchen von durchschnittlich 23 Prozent, während die Großgasmaschine einen Koeffizient von 25 Prozent, die Deutzgasmaschine einen solchen von 30 Prozent und der Spiritusmotor sogar einen Koeffizient von 32 Prozent erreicht.

Den größten Koeffizient von allen Wärmekraftmaschinen aber weist die neueste Kraftmaschine dieser Art, nämlich der Dieselmotor, auf, der im praktischen Betrieb einen Koeffizient von 35 Prozent erreicht und damit hinsichtlich der günstigen Ausnutzung des Brennstoffes an der Spitze aller Arten von Wärmekraftmaschinen steht. In dieser Hinsicht ist die Bedeutung des Dieselmotors gegenüber den anderen Kraftmaschinen, vor allem gegenüber der Dampfmaschine, klar gekennzeichnet. Ein dreimal so hoher Koeffizient wie bei der Dampfmaschine, das ist eine Tatsache, deren Bedeutung nach dem über den geringen Koeffizient der Dampfmaschine und nach den angeführten Zahlen über die Summen, die die Verschwendungssucht der Dampfmaschine jedem einzelnen industriellen Arbeitsbetrieb wie dem Staats- und dem Weltvermögen jährlich kostet, einleuchtend ist. Das macht es zugleich aber auch klar, daß heute, wo alle Brennstoffe knapper und teurer sind als es jemals der Fall war, eine Wärmekraftmaschine von so hohem Koeffizient in viel höherem Maße als früher die Hoffnung der technischen und industriellen Welt geworden ist und der Dieselmotor schon aus wirtschaftlichen Gründen eine gegen die Zeit vor dem Kriege ganz gewaltig gesteigerte Bedeutung erlangt hat.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 11. Dezbr. ist der 51. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 17. Dezember 1921 fällig.

Bei Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ist stets die allgemeine Adresse: Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16 A, zu verwenden, da bei Zuschriften an einzelne Vorstandsmitglieder bei deren Ortsabwesenheit unliebsame Verzögerungen nicht zu vermeiden sind. Zuschriften in anderen Angelegenheiten sind mit der Aufschrift „Verständlich“ zu versehen.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragserhöhung
	I	II	III	
Achern	150	—	—	49. Beitragsw. 1921
Braunschweig	200	—	—	1. 1922
Frankfurt a. M.	200	100	80	49. 1921
Frankfurt a. O.	200	—	—	1. 1922
Freudenstadt	100	70	50	49. 1921
Halba	200	130	80	1. 1922
Heilenbach	100	50	20	45. 1921
Stahlfurt	200	100	—	1. 1922
Tüft	200	50	80	45. 1921

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Bezirksleitung Köln:

Der Malmeister Bernh. Schröder, geb. am 11. Januar 1879 zu Montjoie, Mitgliedsbuch Nr. 2.880.908, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Der Sattlermeister Johann Raffonet, geb. am 1. Dez. 1885 zu Eupen, Mitgliedsbuch Nr. 2.989.053, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Münster i. W.:

Der Magasinverwalter Mich. Wöhme, geb. am 25. Febr. 1879 zu Weisfeld, Mitgliedsbuch Nr. 2.806.665, wegen Nichtabrechnen mit Beitragsmarken.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Nebra a. H.:

Der ? Robert Eberlein, geb. am 20. März 1901 zu Nebra, Mitgliedsbuch Nr. 3.978.625, wegen Nichtabrechnen mit Beitragsmarken.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Waldshut:

Der Metallarbeiter Johann Sühr, geb. am 1. Januar 1900 zu ? , Mitgliedsbuch Nr. 1.000.380. Er ist von B. abgereist, ohne zwei von der Gewerkschaftsbibliothek entlehnte Bücher abzuliefern.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungstelle Elbfeld: Der Schlosser Josef Kistler, geb. am 2. Dezember 1876 zu Arier, Mitgliedsbuch Nr. 3.004.115, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Kitzingen:

Der Schlosser Jakob Raßenholz, geb. am 27. Juni 1866 zu Kreuz, Mitgliedsbuch Nr. 2.827.161. R. versuchte unter Vorpiegelung falscher Tatsachen Unterstützung aus der Kassa zu erlangen.

Für nicht wieder aufzunehmend wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungstelle Pörschberg: Der Elektromonteur Emil Ulrich, geb. am 22. August 1885 zu Witzgheim i. G., Mitgliedsbuch Nr. 863.398, wegen unkollegialem Verhalten und Schädigung der Verbandsinteressen.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zugang ist fernzubalten:

von Feilenarbeitern nach Remscheid (Sehr. Kellerhaus) D.; von Feilenarbeitern nach Dillingen a. Saar (Dillinger Hütte) Str.; von Formern und Sichelarbeitern nach Stargard i. Pommern

(Sehr. Elner) St.; von Gold- und Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz 2;

von Feilenarbeitern nach Löhndorf 2; von Metallarbeitern aller Branchen nach Arnstadt i. Th. (Hah. Sey) W.; nach Bremen 2; nach Eberswalde (Arbeits-Werte) W.; nach Hünfeld; nach Holzminden (Chem. Fabrik Hahn & Böttling) St.; nach Lüneburg 2; nach Oldenburg i. D. (Wagenbauanstalt A.-G.) A.;

nach Schweinfurt (H. Wagner & Sohn in Hofheim) D.; nach Stargard i. Pomm. St.

2 = Lohnbewegung; D = Differenzen; u. St. = Streit in Stadt; St. = Streit; W. = Wanderung; H. = Hebung; A. = Auswanderung.

Arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung erscheint, sich bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Reichsamt einzufinden. Das Reichsamt ist von der Verwaltung der Beiträge zurzeit angeht, zum Nachweis der Mitgliedschaft einzuweisen zu lassen.

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Ersetzung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Klagen auf Ersetzung von Ortsnamen müssen von den Ortsverwaltungen oder Bezirksleitungen eingereicht werden und sachlich begründet sein.

Unsere Arbeitslage

Über den Beschäftigungsstand in der Woche vom 13. bis 19. November liefern von 727 Verwaltungen Berichte ein. In den Verwaltungen sind 27.935 Betriebe mit 2.064.020 Arbeitern vorhanden. Die Beschäftigung der Arbeiter in der Metallindustrie ist folgenden Zahlen zu entnehmen:

	Berichtswoche		Vorwoche	
	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter
Vollbeschäftigt	98,8	99,1	98,7	99,0
Stillegelegt	0,54	0,28	0,58	0,24
Kurzarbeiter	0,66	0,67	0,74	0,76

Vollbeschäftigt waren 27.686 Betriebe mit 2.041.281 Arbeitern, während 187 Betriebe mit 13.882 Arbeitern, 182 Betriebe mit 4.009 Arbeitern waren stillgelegt. Das durchschnittliche Beschäftigungsverhältnis betrug diese Woche ein vollbeschäftigter Arbeiter auf 2,06 Arbeiter.

Der Kurzarbeiterzahl. Der Rückgang der Kurzarbeiter ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich:

Woche vom 28. bis 30. Oktober	40888	= 2,0 %
30. Oktober bis 6. November	25569	= 1,24 %
6. bis 13. November	15802	= 0,76 %
13. 20.	13892	= 0,67 %

Eine Verminderung der Kurzarbeitenden Betriebe und Arbeiter haben diese Woche die Bezirke Dresden, Hannover, Hamburg und Nürnberg erfahren. Die Feststellungen über die Dauer der Kurzarbeit ergaben folgendes. Es arbeiteten:

Stunden	Berichtswoche		Vorwoche	
	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter
42 bis 45	19	10,2	3374	24,8
36 " 41	110	58,8	6341	45,6
32 " 36	11	5,9	649	4,7
24 " 31	85	18,7	2959	21,8
unter 24	12	6,4	569	4,1
			14	6,7

Über Berlin ist diese Woche folgendes zu berichten: Vorhanden sind 3213 Betriebe mit 259.829 Arbeitern. Nach Meldungen der dortigen Betriebsräte über Groß- und Mittelbetriebe ergibt sich:

Vollbeschäftigt sind . . . 687 Betriebe mit 147.426 Arbeitern.
Verfügt arbeiten . . . 87 " " 12.548
In der Vorwoche . . . 61 " " 20.598

Von 1558.069 Mitgliedern waren 11.266 arbeitslos, 10.694 Kurzarbeiter, davon in Berlin arbeitslos 3122. Auf je 100 Mitglieder entfallen in der

	Mitglieder des Verbandes	Kurzarbeiter
Woche vom 28. bis 30. Oktober	1,03 %	8,12 %
30. Oktober bis 6. November	0,89 %	1,03 %
6. bis 13. November	0,79 %	0,75 %
13. 20.	0,72 %	0,68 %

In Arbeitslosenunterstützung wurden in dieser Woche vom Verband 97.170 M. ausbezahlt.

Hilfe für Rußland — trotz alledem!

In Nr. 45 des Korrespondenzblattes vom 5. November 1921 wurde bereits der Aufruf zugunsten der Rußlandhilfe veröffentlicht, welcher in der Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Genf beschlossen worden war. Es darf hier festgelegt werden, daß sich die Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen wohl der Tatsache bewusst waren, in welcher Weise die Gewerkschaften von den Kommunisten bestraft werden und daß die Kommunisten in den verschiedenen Ländern zum Teil ganz erhebliche Mittel beziehen von den Nachbarn des selbst in Rußland, für dessen notleidende Bevölkerung die organisierte Arbeiterschaft Sammlungen veranstalten und veranstalten soll.

Von dem zu diesem Thema in der Vorstandssitzung zutage geförderten reichhaltigen Material sei nur das folgende hier wiedergegeben:

Der Veröffentlichung eines nochmaligen Aufrufs war zunächst von dem Vertreter der Schweiz widersprochen worden mit der Begründung, daß die Schweiz selbst in ungeheurer Weise unter Arbeitslosigkeit leide, daß infolgedessen die Kassen der Gewerkschaften geleert seien und außerdem die Rußen Millionen nach dem Ausland schicken, um die Gewerkschaften zu bestrafen.

Der Vorsitzende des I.G.M. Thomas (England) erwiderte darauf, daßselbe wie für die Schweiz trifft für alle Länder zu. In England zum Beispiel war jede Union verpflichtet, die Bergarbeiter drei Monate lang zu unterstützen, und die Arbeitslosigkeit ist auch in England sehr groß. Aber Rußland befindet sich in außergewöhnlicher Lage und die Menschlichkeit erfordert es, zu helfen und zu sammeln.

Ähnliche Berichte über die Tätigkeit der Kommunisten gegen die Gewerkschaften waren bei Beratung anderer Punkte bereits von den Vertretern Spaniens und der Tschechoslowakei gegeben worden; die Kämpfe in Frankreich dürften noch in genügend frischer Erinnerung sein und brauchen also hier nicht wiederholt zu werden. Das Gegenteil möge jedoch gelten von den von wahrer Menschlichkeit getragenen Ausführungen des Vertreters von Italien, D'Aragnas, die etwa folgendermaßen lauteten:

Ich stimme dem Vorsitzenden zu. In Italien haben wir wohl die größte Arbeitslosigkeit, etwa 1 1/2 Millionen Arbeitslose, weil unsere Leute nicht auswandern können. Trotzdem müssen wir die Sammlungen fortsetzen. Wir haben in Italien drei kommunistische Tageszeitungen, etwa 60 wöchentlich erscheinende Zeitungen und rund 100 wöchentliche Agenten, welche alle von russischem Gelde erhalten und gegen die Gewerkschaften losgelassen werden, trotzdem halten wir uns für verpflichtet, die Sammlungen zugunsten Rußlands fortzusetzen, weil es sich in einer so außerordentlich traurigen Lage befindet, die nur derjenige einigermaßen beurteilen kann, der wie ich, die Hungerdistrikte an der Wolga gesehen hat. Die eingangs erwähnte Resolution wurde daraufhin angenommen.

Bauarbeitermangel und Umschulung.

Ein Mangel an gelernten Bauarbeitern, vor allem an Mauern und Zimmerern, besteht, hervorgerufen durch außerordentlich hohe Kriegszuschüsse und Abwanderung gelernter Bauarbeiter während der Bauzeit in andere Industrien. Verjüngt wird dieser Ausfall dadurch, daß seit Kriegsbeginn die Lehrlingsausbildung immer weiter sank, so daß der gewerbliche Nachwuchs bei weitem nicht den Arbeitsmangel decken konnte. Der „Grundstein“ heißt, daß durch das Zusammenwachen dieser Faktoren dem Baugewerbe etwa 100.000 Facharbeiter verloren gingen. Die Verletzung des Baugewerbes mußte daher sofort zu einem empfindlichen Mangel an gelernten Bauhandwerkern führen. Tatsächlich ist denn auch seit einigen Monaten zu beobachten, daß in fast allen Teilen Deutschlands eine sehr rege Nachfrage nach Arbeitskräften entstand, die nicht gedeckt werden konnte.

Um dem Mangel abzuhelfen, sind von den Beteiligten eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die dann in einem Rundschreiben des Reichsarbeitsministers an die Landesarbeitsminister zu bestimmten Vorkursen der Behörden führten; nämlich: Zurückgewinnung ehemaliger Bauarbeiter, verstärkte Lehrlingshaltung und, was speziell dem dringenden Bedarf zu beizubringen, Umschulung von Handwerksarbeitern oder sonst mit der Arbeit bereits etwas vertrauten Leuten zu Bauarbeitern. Für letzteren Zweck sollen Staatsmittel bereitgestellt werden, um dem Lernenden während der Umschulungszeit die notwendigen Hilfsarbeiten zahlen zu können.

Eine Denkschrift des A.D.G. nimmt zu diesen Vorschlägen eingehend Stellung.

Die Zurückführung der zu anderen Berufen abgewanderten Arbeiter wird erst möglich sein, wenn den Betroffenen annähernde Gewährung geboten werden kann, daß die Beschäftigung eine dauernde ist und daß sie mindestens gleich gute Bedingungen wie im bisherigen Beruf finden.

Für die Umschulung von Hilfsarbeitern stellt eine Denkschrift des Gewerkschaftsbundes eine Reihe von Vorschlägen auf, die diese Umschulung von vornherein auf eine festzustellende Grundlage stellen soll, und nur zu verwenden, daß an den einzelnen Orten unter den verschiedenen Möglichkeiten derartige Vorkehrungen getroffen werden, die nur die zu sich notwendige Anzahl umfassen. Es sollen bezüglich der örtlich paritätische Umschulungsanstalten gebildet werden. Umzugskosten sind Hilfsarbeiter oder Bauarbeiter wieder gut beschäftigter Branchen im Alter von 18 bis 25 Jahren. Der endgültigen Einstellung als Lehrling soll eine Prüfungszeit vorausgehen. Die Lehrling soll ein Jahr betragen, sofern nicht für besondere Gewerbe (Zimmerer) in Folge besonderer jählicher Schwerearbeiten eine längere Zeit notwendig ist. Der Lernende ist der Leihfirma für Hilfsarbeiter zu gemeldeten. Die Lehre selbst unterliegt der Kontrolle des Arbeitsamtes, um die Lehrlinge zu verzeichnen.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werk angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Arbeiter-Kalender 1922. (Ermäßigter Preis für Parteimitglieder, geb. 4 M. statt 4,50 M.) Der soeben erschienene Arbeiter-Kalender 1922 ist in diesem Jahre sehr reichhaltig und durch den fest und schönen Einband zweifach interessanter als im Vorjahre. — Soziale Frauenarbeit in der Gemeinde. Vortrag von Dr. Sophie Schäfer. Preis 1,50 M. — Die Frauen aus dem Mittelstand. Von Henni Lehmann. Preis geb. 1,25 M. Dies eine Geschichte aus der Heimat im dritten Kriegsjahr. Der Mittelstand ist eine arme, alte Straße, Nr. 17 ein altes armes Haus, in dem armen Frauen wohnen — Proletarierfrauen. Das Buch führt diesen Untertitel als erstes einer von der Verfasserin geplanten Serie gleich Namens. — Untergang. Ein Lebensfragment von H. M. de Jong. — Ein neuer Roman, der als menschliches Dokument voll überzeugender Eindringlichkeit anzusprechen ist. Ein Holländer aus guten Verhältnissen, der sich mit seiner Familie überworfen, kommt nach London, um sich hier auf eigene Füße zu stellen. Nach anfänglichem Zaudern greift er zu jeder Arbeit, die sich ihm bietet. Er wird Zellermeister, Gepäckträger, Heizer, Vortragskünstler und anderes; er ringt mit all den Kräften um eine anständige, ehrliche Existenz — und scheitert. Scheitert wie hundert, wie tausend andere, die arbeiten wollen und schließlich auf den Weg des Bettels und Verbrechens getrieben werden. Und dies nicht so. Dem seine Erlebnisse werden im Spiegel seines eifrigsten Bewusstseins und beweglichen Gemüts zu einem Bild jener Großstadt späher, wo die Menschen gleich heimatlosen Hunden ihr Futter an dem Kot der Straße suchen und nicht wissen, wo sie ihren mühsam hungrigen, gemißhandelten Leib zur Ruhe legen sollen. Und werden darüber hinaus eine finstere Anklage gegen die Unmenschlichkeit der menschlichen Gesellschaft. Der Verlag, die Buchhandlung Vorwärts in Berlin, hat dem Werke in einem ansprechenden Einbande auch ein würdiges äußeres Kleid gegeben, so daß der Preis von 12 M. für das inhaltsreiche Buch unter den gewerkschaftlichen Verhältnissen als durchaus mäßig bezeichnet werden kann. — Vorstehende Schriften erschienen im Verlag „Vorwärts“, Berlin SW. 6 Lindenstr. 3.

Romeo und Julia auf dem Dorfe. Erzählung von Gottfried Keller. Preis geb. 12 M. Verlag „Freiheit“, Abteilung Buchhandel, Berlin E. 2, Breitestraße 8/9. — Neuauflage des köstlichen Kleinods ist kein einfacher Nachdruck, sondern eine eigene Schöpfung der Buchhandlung. Und sie hat sich in einer Einleitung hervorragend um sie verdient gemacht. Sie gibt dem Neudruck die eigene Note. Sie erzählt u. a. das Schicksal von Romeo und Julia erst in seiner ganzen Tragweite, dann in der Darstellung der einzelnen Personen, dann in der Darstellung der Vorurteile der Gesellschaft, in diesem Falle dargestellt durch die Familientraditionen, entgegenkommen. Sie greifen an die Gänge der Hand, gegen die sie annehmen, aber sie nehmen tollig Lob hin statt der Unterwerfung. Das Bändchen sollte bald in jeder Arbeiterheim und vor allem auf jedem Weihnachtstisch zu finden sein. Der Wille zur Arbeit. Von Dr. Jgg. Johannes Mebel. Preis 5 M. — Ausbau und Abbau der Kohlenplanwirtschaft in England. Von Dr. Charlotte Büttner. Mit einem Wortwort von Max Schipp. Veröffentlichungen der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft. Heft XIII und XIV. 64 Seiten. Preis 5 M. Verlag: Johann Saensch, Dresden.

Wie erlange ich in kurzer Zeit eine schöne und geläufige Handschrift? Von G. Red. Mit 33 Abbildungen und einer Lithographie. Verlag: Akademisch-technischer Verlag, Johann Saensch, Frankfurt a. M.-West. Preis kart. 4 M. — Anleitung durch Selbstunterricht ohne Lehrer in 10 bis 12 Stunden die unübertreffliche Handschrift zu beschönern.

Verbands-Anzeigen

Angestellte gesucht. Bielefeld. 2 Bevollmächtigte gesucht. Bewerber müssen eine mindestens 5jähr. Wehrdienstleistung im Verband nachweisen können. Die selbstgeschriebene Bewerbung muß Angaben über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, über Alter und Familienverhältnisse enthalten und ist mit der Bezeichnung „Bewerbung“ bis zum 17. Dezember an die Bielefelder Ortsverwaltung, Marktstraße 6, zu senden. **Kinden.** Zum 2. Geburtsfest wurde der Kollege Max Wagan Schönebeck a. Elbe, gewählt. Allen übrigen Bewerbern besten Dank!

Sonstige Anzeigen

(Zuschriften betr. die Arbeiterzeitschriften sind niemals an die Redaktion, sondern an den betreffenden Verlag zu richten.)

Eisendreher, 10 tüchtige, mögl. lebhafte für Dauerbeschäftigung hier gesucht. Bezirks-Arbeitsamt Friedrichshagen a. Havel.

Feilen Schleifer, tüchtiger, an sauberes und flottem Arbeiten gewöhnt, stellt hohen Lohn sofort ein. Dortmunder Feilenfabrik Meisner, G. m. b. H. Dortmund. Münsterstr. 256/257.

1 Feilen-Handhauer, 1 Maschinenhauer für Frowein No. 9 werden zum sofortigen Eintritt in dauernde Stelle gesucht. Gustav Mebel, Inh. Paul Gindler, Baugen i. G.

Tüchtige Graveure u. Ziselure, Zingießer, Bleigießer, Bläser, Schleifer finden dauernde Beschäftigung in metall. Zündreher bei höchstem Verdienst. Sofortigen Eintritt Bedingung. Georg Dahl, Metallwarenfabrik, Gartz i. Bad.

Handformer, mehrere, für mittlere Arbeit zum sofortigen Eintritt für unsere Werkstätte gesucht. Meindert & Comp. Eisengießerei Augsburg, Argonstr.

Maschinenhauer der etwas auf Frowein-Schnellarbeit arbeiten kann, möglichst gelernt, Sandhauer, findet dauernde Stellung bei Eugen Reiner, Mengen in Württemberg.

Maschinen-Feilenhauer, tüchtig, an gute Arbeit gewöhnt, u. auf sofortigen Eintritt Bedingung. Einmündiger, stellt für dauernd ein Feilenfabrik Meisner, G. m. b. H. Münsterstr. 256/257.

Maschinenhauer (evtl. Handhauer), für sofort gesucht. Wilhelm Köppl, Feilenfabrik, Wittenberg, Wuststr. 16.

Für den Ausbau unserer Betriebe und laufende Ausbesserungsarbeiten suchen wir noch eine Anzahl tüchtiger **Maschinen- und Werkzeugmacher, Dreher und Fräser.** Lohnzahlung erfolgt nach Tarif. Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeiten sind zu richten an Hoff & Comp., Waldsee, Dietrichstr.

Modellplatten-Formen selbständige, für Gips- u. Metallplatten zum sofortigen Eintritt gesucht. Wohnung vorhanden. Elfenbeinerei Elzeleitz i. G.

Monteur, durchgängig selbständige für Heizung und für tüchtige Anlagen sucht für sofort. Lambert & Brauner, G. m. b. H. Darmstadt.

Schweifer, tüchtige, für autogene und elektrische Schweißarbeiten gesucht. Gamsreuther & Comp., G. m. b. H., Südbach (Hessen).

OPED Sämtliche Schreiner, Wagner, Sackmann u. Helfer auf Motorwagen, Aufbauten eingebaut, sofort gesucht. Fahrten, Motorwagenfabrik, Wittenberg a. S.

Schweifer, tüchtige, für autogene und elektrische Schweißarbeiten gesucht. Gamsreuther & Comp., G. m. b. H., Südbach (Hessen).

Druck und Verlag von Alexander Schlichte & Co., Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung, Stuttgart, Rüststraße 16 B.